

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

25.4.1927 (No. 95)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneib,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühren 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretungen

Der neuernannte polnische Generalkonsul Alexander Babos in München und der zum Honorarkonsul beim Königlich Rumänischen Honorar-Generalkonsulat in München ernannte Hermann Kumer sind zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Die Lage des Arbeitsmarktes

für die Zeit vom 13. bis 20. April 1927. (Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Die Besserung der Arbeitsmarktlage hat im wesentlichen angehalten. Die Entwicklung kennzeichnet sich dadurch, daß — bei einer noch weiteren (schwachen) Zunahme der Zahl der aus der Erwerbslosenunterstützung ausgeschiedenen Kräfteempfänger von 9458 um 134 auf 9592 — die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 37 356 am 13. April um 1439 auf 35 917 gesunken ist. Auch die Notstandsarbeiterziffer weist eine Verringerung (von 4179 auf 3911) auf. Sinegen hatte die Tabak-Kurzarbeiterziffer wiederum, diesmal von 2042 auf 2236 zugenommen. Sieht man hiervon, des weiteren von einem durch Beendigung des Obergerichtsbetriebes bedingten Abflauen der allerdings an sich nicht beträchtlich gewesenen Kräfteanfrage im Bekleidungsgebiete und endlich von geringfügigen anderweitigen Schwankungen ab, so kann eine weitere leichte Belebung des Arbeitsmarktes auch nach den Oftertagen festgestellt werden. Sie machte sich nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie (vornehmlich Gießerei, Automobilbau, Elektroindustrie), in der chemischen Industrie (Zellulose, Elektrochemie), im Spinnstoffgewerbe (Baumwolle, wie Seidenweberei), in der Papier- und in der Lederindustrie, im Holz- und Schnitzstoff- und im Baugewerbe, endlich auch im Hotel- und Gastwirtsgeerbe bemerkbar.

Bedrohende Erhöhung der Postgebühren

Das Reichspostministerium bereitet eine Vorlage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vor, wonach die Briefbeförderungsgebühr von 10 auf 15 Pfennige und dementsprechend die übrigen Postgebühren erhöht werden sollen. Der im Jahre 1888 eingeführte Beförderungspreis ist nicht mehr annähernd imstande, die stetig steigenden Selbstkosten der Post zu decken. Während die Grundpreise der Industrie und Gesamtwirtschaft, Lebenshaltungskosten und Arbeitslöhne allmählich um 50 Prozent und mehr gestiegen sind und die Ausgaben der Post sich dadurch laufend erhöhen, sind die Postgebühren immer gleich geblieben. Die seit längerer Zeit gespannte Finanzlage der Deutschen Reichspost macht die längst gebotene Angleichung des Tarifes der Post an die allgemeine Preislage unbedingt erforderlich, zumal kein Land der Welt noch gleich niedrige Postgebühren hat.

Reichsinnenminister v. Reubell wollte zu Besprechungen mit der bayerischen Regierung in München. Am Sonntag vormittag stattete Reichsminister von Reubell dem Deutschen Museum einen Besuch ab. Anschließend fand ein Frühstück bei dem Vertreter der Reichsregierung, Dr. Daniel von Sain, Hausen statt, zu dem u. a. auch Ministerpräsident Dr. Held und die Staatsminister erschienen waren. Im Verlaufe des Nachmittags konnte der Reichsminister noch einige Besprechungen abhalten. Die Abfahrt nach Berlin erfolgte abends um 9.10 Uhr.

Der Zeitpunkt der deutschen Initiative in der Räumungsfrage. In der Presse sind in der letzten Zeit Vermutungen über den Zeitpunkt eines deutschen Schrittes zur Frage der Rheinlandsräumung geäußert worden. Hierzu wird aus Berlin mitgeteilt, daß die deutsche Initiative einsetzen werde, nachdem die Forderung des Artikels 431, d. h. die Verpflichtungen in der Angelegenheit der Offbestimmungen erfüllt worden sind. Dabei ist daran zu erinnern, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Genf bereits betont hat, Deutschland werde sich für sein Vorgehen den günstigsten Zeitpunkt aussuchen. Natürlich läßt sich das Datum heute noch nicht bestimmen.

Rede Breitschelds bei einer Antikriegskundgebung. Unter der Leitung der belgischen Arbeiterpartei und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wurde am Sonntag in Antwerpen eine große internationale Kundgebung gegen den Krieg veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit hielt der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheld eine Rede, in der er u. a. ausführte, es sei schwierig, die Verantwortlichkeit für den Krieg festzustellen. Zu den Ereignissen in China und auf dem Balkan sagte Dr. Breitscheld, man dürfe diese Kriegsgefahren nicht zu leicht nehmen. Der Redner kam dann auf die Abrüstungsfrage zu sprechen und betonte dabei, daß Deutschland als einziges Land zur Abrüstung gezwungen wurde, während nach dem Versailles Friedenvertrag sämtliche Nationen abrüsten sollten.

Die Wahlen in Oesterreich

In Deutsch-Osterreich haben am gestrigen Sonntag bei außerordentlich starker Beteiligung die Nationalratswahlen stattgefunden, womit in verschiedenen Ländern und Städten auch die Landtags- und Gemeinderatswahlen verbunden waren. Der Tag ist im allgemeinen ruhig verlaufen.

Das vorläufige Endergebnis der Nationalratswahlen

liegt folgende Meldung vor:
W.B. Wien, 25. April (Tel.). Über die Nationalratswahlen liegen jetzt inoffiziell sämtliche Ergebnisse vor. Die Gesamtziffern der Wahlen ergeben folgende Zusammenfassung des Nationalrats: Einheitsliste 79 (gegen 82 Christlich-Soziale und 10 Großdeutsche 1923), Sozialdemokraten 67 (68), Landbund 6 (5) und 13 Restmandate. Von letzteren blieben etwa 3 den Sozialdemokraten und einige dem Landbund zufallen. Die Sozialdemokraten und der Landbund werden also im neuen Nationalrat mehr Sitze haben als früher. Dieser Zuwachs geht auf Kosten der Christlich-Sozialen, während die Großdeutschen innerhalb der Einheitsliste ihren Besitzstand behaupteten. Gegenüber der verstärkten Opposition wird die absolute Majorität aber bei der Einheitsliste bleiben, welcher zudem der Landbund als bürgerliche Partei nahesteht. Von den kleineren Parteien vermochte keine einen Sitz zu erlangen, auch nicht der Überverband. Dieser zieht jedoch in den Grazer Landtag mit zwei Vertretern ein.

Von namhaften christlich-sozialen Persönlichkeiten sind alle, die aufgestellt wurden, wiedergewählt, bis auf den Vizepräsidenten des Nationalrates, Dr. Weber, dem aber in Wien ein Reststimmenmandat zufallen dürfte. Von den neuen Kandidaten der Großdeutschen ist der Ökonomie Dr. Grottel, während der neue Kandidat der Einheitsliste Dr. Walter Niesl, der als Nationalist und Antisemit besonders stark angegriffen wurde, nicht gewählt worden ist. Der Vizekanzler und Führer der Großdeutschen, Dr. Dinghofer, wurde bei den Nationalratswahlen im Wahlkreis Vitz wiedergewählt.

An Einzelergebnissen

- 1. bis 7. Wahlkreis: Wien. Vorläufiges nichtamtliches Gesamtergebnis der Nationalratswahlen in den sieben Wiener Wahlkreisen: Sozialdemokraten 28 Mandate (bisher 27), Einheitsliste 15, (bisher 16), Christlich-Soziale und Großdeutsche je 2.
12. bis 16. Wahlkreis: Oberösterreich. In ganz Oberösterreich entfallen auf die Einheitsliste 14 Mandate, auf die Sozialdemokraten 5 Mandate, 4 Restmandate sind zu besetzen. — Bisher war Oberösterreich im Nationalrat durch 13 Christlich-Sozialen, 1 Deutschnationalen und 5 Sozialdemokraten vertreten.
18. Wahlkreis: Tirol. Abgegeben wurden 172 689 gültige Stimmen. Davon entfallen auf die Einheitsliste 123 949 (1923: 122 148), auf die Sozialdemokraten 38 788 (31 378), auf die Uebpartei 8888, auf den Landbund 920 (8489), auf die Kommunisten 192 Stimmen. Es sind somit gewählt: 6 Kandidaten der Einheitsliste, 2 Kandidaten der Sozialdemokraten. Die anderen Parteien erhalten kein Mandat. — Bisher entfielen der Tiroler Wahlkreis 6 Christlich-Soziale und 1 Sozialdemokrat in die Nationalratsversammlung.
19. Wahlkreis: Vorarlberg. Bisher wurden in Vorarlberg 76 101 Stimmen gezählt, d. h. eine Beteiligung von 90,7 Prozent. Davon entfallen die Einheitsliste 54 613, die Sozialdemokratische Partei 16 943, Landbund für Österreich 3470, die Ueb-Partei 641 und der Völkisch-soziale Block 434 Stimmen. Es erscheinen somit gewählt: drei Kandidaten der Einheitsliste und ein Sozialdemokrat. — Bisher war Vorarlberg durch drei Christlich-Sozialen vertreten.
25. Wahlkreis: Burgenland. Einheitsliste 3 (früher 3 Christlich-Soziale), Sozialdemokraten 3 (3), Landbund 1 (2), ferner ein Reststimmenmandat.

Gemeinderatswahlen

Wien. Bei den Wiener Gemeinderatswahlen haben die Sozialdemokraten wieder die Mehrheit errungen. Vorläufiges Ergebnis: Sozialdemokraten 79 Mandate, Einheitsliste 41. — Bisher setzte sich der Wiener Gemeinderat aus 78 Sozialdemokraten, 41 Christlich-Sozialen und einem Vertreter der jüdischen Gruppe zusammen.
Linz: Bei den Gemeinderatswahlen erhielten die Sozialdemokraten 33 837 Stimmen, die Einheitsliste 30 192 Stimmen, die Kommunisten 226. Es entfallen auf die Sozialdemokraten 33 Mandate, früher 30, auf die Einheitsliste 23 Mandate, früher 30.
Wiener Neustadt: Bei den Wahlen zum Gemeinderat, dessen Sitze sich von 50 auf 45 verminderten, erhielten die Sozialdemokraten 29 Mandate (bisher 34), die Einheitsliste 15 (bisher 15). Die Kommunisten verloren ihr einziges Mandat an die Nationalsozialisten. Bemerkenswert ist hier ein bürgerlicher Stimmenzuwachs von 1300 Stimmen.

Politische Neuigkeiten

Der deutsch-demokratische Parteitag in Hamburg

fand am Sonntag mit der Wahl des Vorstandes und der Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Entschlüsse seinen Abschluß. Zum Parteivorstand wurde Reichsminister a. D. Koch, Wieser, wiedergewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden bleiben Frau Ministerialrat Dr. Bäumer, Berlin, Staatspräsident a. D. Dr. Heber, Stuttgart, und Staatspräsident a. D. Hellpach, Karlsruhe. Neu in den Vorstand gewählt wurden Reichsminister a. D. Dr. Reinhold, Dresden und Oberbürgermeister Böh, Berlin. Der Vorsitzende, Reichsminister a. D. Koch, betonte in seinem Schlusswort: Die Partei werde leben, solange die Ideen leben, aus denen sie hervorgegangen ist: Der nationale Gedanke, der soziale Gedanke und das republikanische Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Koch niemals sei ein Volk aus einer schweren Lage wieder herausgekommen durch Interessensvertretung, durch Zersplitterung nach Ständen und Klassen.

Annahme fand u. a. eine Entschließung zur Außenpolitik, in der es heißt: „Die Deutsche Demokratische Partei sieht in der Räumung der ersten Zone, in der Aufhebung der Militärkontrolle und in der Gleichberechtigung Deutschlands bei internationalen Verhandlungen wesentliche und bedeutsame Erfolge der Politik von Locarno, an deren Grundlagen sie mit Überzeugung festhält. Sie stellt jedoch mit Bedauern fest, daß in den letzten Monaten ein Fortschritt im Sinne der in Locarno eingeleiteten Verständigungspolitik und ihrer Auswirkungen auf das besetzte Gebiet nicht erzielt worden ist, und daß die negativen Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen schwer enttäuscht haben. Die Demokratische Partei dankt dem deutschen Vertreter in der Abrüstungskommission, Grafen Bernstorff, für die Entschiedenheit, mit der er den Anspruch des entworfenen Deutschland auf eine entschlossene Zuangriffnahme der allgemeinen Abrüstung geltend gemacht hat. Sie fordert die deutsche Regierung auf, die Befreiung des besetzten Gebietes als Konsequenz der Friedenspolitik von Locarno und den im Vertrag von Versailles anerkannten Anspruch Deutschlands auf die Einleitung der allgemeinen Abrüstung mit Nachdruck zu vertreten.“

Folgende Entschließung zur Kulturpolitik wurde angenommen: „Zum Konkordat: „Eine Verständigung über die tatsächlich vorhandenen Beziehungen zwischen Staat und Kirche entspricht der Demokratie. Die Deutsche Demokratische Partei sieht jedoch in der Form des Konkordats eine Beschränkung in der Freiheit der Gesetzgebung, eine Gefahr für die Hoheit des Staates, für die Rechte des Volkes und der Volksvertretung und für die Freiheit des Gewissens und des geistigen Lebens und lehnt daher ein Konkordat ab. Das Verhältnis von Kirche und Schule ist durch die Weimarer Verfassung in seinen Grundzügen geregelt. Die Ausführung soll nach der Verfassung durch ein Reichsgesetz erfolgen. Die Deutsche Demokratische Partei hält an dieser Regelung, die die Gegensätze der Konfessionen überbrücken und den konfessionellen Frieden verbürgen soll, fest. Jede konkordäre Vereinbarung auf diesem Gebiet ist für die Deutsche Demokratische Partei unannehmbar, selbst dann, wenn sie nur eine Bestätigung der Verfassungsbestimmung enthielte, weil jede solche Vereinbarung mit der Hoheit des Staates über das Bildungswesen unvereinbar ist und den konfessionellen Frieden gefährdet.“

Zum Reichsschulgesetz: „Der Parteitag bestätigt die Entschließung des Kulturausschusses zum Reichsschulgesetz und fordert die Reichstagsfraktion auf, bei den kommenden Verhandlungen folgende Grundzüge zu vertreten: 1. Wahrung der verfassungsmäßigen Stellung der Gemeinschaftsschule bei voller Berücksichtigung des Religionsunterrichts im Sinne des Artikels 149 der Reichsverfassung, 2. Sicherung der Staatshoheit über die Schule, 3. Verhütung einer die Leistungen der Volksschule herabdrückenden Zersplitterung der Schulorganisation, 4. Wahrung der Beamtenrechte der Lehrer, 5. eine dem Sinn des Artikels 174 der Reichsverfassung entsprechende dauernde Sicherung der Simultanschule.“

Der Reichspräsident ist Samstag abend, aus Hannover kommend, in Berlin wieder eingetroffen.

Das Besatzungspersonenschädengesetz. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Novelle zum Besatzungspersonenschädengesetz, die die Rechtslage der durch Maßnahmen der Besetzung an Leib oder Leben Geschädigten, sowie ihrer Angehörigen in wesentlichen Punkten verbessert. Hervorzuheben ist, daß jetzt bei Verletzungen der Ehefrau oder eines Kindes auch der Ehemann oder Vater für die ihm infolge der Verletzung entstandenen Schäden im Haushalt oder Geschäft entschädigt werden kann. Auch ist der Erlass nicht mehr an einen Höchstbetrag gebunden. Erwähnt sei auch die neugeschaffene Möglichkeit eines Härteausgleichs. Die Novelle hat aber keine rückwirkende Kraft.

Die Olympischen Spiele. Wie Savas aus Monte Carlo berichtet, hat der Internationale Ausschuss für Olympische Wettkämpfe gestern seine 24. Tagung abgehalten und die Mitglieder des Vollzugsausschusses für die Zeit von 1927 bis 1931 gewählt, darunter Staatssekretär a. D. Dr. Lewald. Im übrigen vertrat der Ausschuss die Ansicht, daß der Augenblick noch nicht gekommen sei, einen endgültigen Plan für die Olympischen Spiele auszuarbeiten, daß man vielmehr besser die Erfahrungen in Amsterdam und Los Angeles abwarten wolle. Die Organisierung der Wettkämpfe um den Olympischen Preis ist der Sportvereinigung Mexiko übertragen worden.

Mit der Beilage: 25. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

## Eine polnische Erklärung zur oberschlesischen Minderheitsfrage

In Blättermeldungen, daß Polen den vom Völkerbundrat am 12. März d. J. gefassten Beschluß zur oberschlesischen Schulfrage nicht erfüllt, wird der „Poln. Teleg. Agentur“ aus maßgebenden polnischen Kreisen mitgeteilt: In strenger Erfüllung des oben erwähnten Beschlusses des Völkerbundsrates wurden von den zuständigen polnischen Behörden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, die sich auf die Strafmandate gegen die Eltern der vom Schulunterricht fernbleibenden Kinder beziehen, d. h. sowohl auf die Einstellung der weiteren Verhängung wie auch auf die Einstellung der Durchführung der nach dem 12. März d. J. und auch vor diesem Tage bereits verhängten, aber noch nicht vollzogenen Strafen. Außerdem wurden Listen aller Kinder angefertigt, die die Schule nicht besuchen, und die Kinder selbst werden von dem 5. Mai ab den Minderheitenschulen direkt zugeführt. Die polnischen Behörden haben sonach in dieser Frage die zitierten Bestimmungen des Völkerbundsratsbeschlusses vom 12. März d. J. lokalweise durchgeführt.

Dazu bemerkt deutscherseits das W. V.: Nach unseren Feststellungen sind solche polnischen Verfügungen bisher nicht bekannt geworden. Bekannt sind nur aus der deutschen Presse polnisch-Oberschlesiens mündliche Mitteilungen des Stauhalters Bohemowski an den deutschen Abgeordneten Wih, die von deutscher Seite nicht als eine befriedigende Erfüllung der im Genfer Schulkompromiß von polnischer Seite übernommenen Verpflichtungen angesehen werden könnten. Es muß abgewartet werden, ob die von der „Poln. Teleg. Agentur“ bezeichneten Verfügungen, wenn ihr amtlicher Wortlaut vorliegt, die volle Ausführung der Genfer Beschlüsse sicherstellen.

## Die angeblich englisch-französische Entente

Nach einer Darstellung der Berliner Blätter gehen verschiedene Meldungen über eine neue englisch-französische Entente offenbar darauf zurück, daß es der Diplomatie der beiden Staaten namentlich in der letzten Zeit gelungen ist, über eine Reihe von Streitpunkten der internationalen Politik zu einer Annäherung zu gelangen. Man verweist dabei besonders auf die Haltung Englands und Frankreichs bezüglich der chines. Wirten und im italienisch-jugoslawischen Konflikt. In der Frage der Abrüstung ist allerdings eine Annäherung noch nicht zu bemerken. — Wie die Berliner Blätter erfahren, liegen in der Tat noch keinerlei feste Anhaltspunkte dafür vor, daß das Verhältnis zwischen England und Frankreich die Form etwa einer Entente angenommen habe, oder daß irgendwelche schriftliche Vereinbarungen erfolgt seien.

## Ein geplanter Handreich Joffres auf Basel

Im Verlage J. Neufeld, Freiburg, ist jetzt eine Broschüre des in Basel wohnhaften Juristen und Historikers Albert Geiser erschienen, die die Überschrift hat: „Ein Handreich auf Basel nach Joffres Kriegsplan“. Die „Dreisgauer Zeitung“ ist in der Lage, mitzuteilen, der Verfasser könne auf Grund des französischen Generalstabswertes nachweisen, daß Joffre zu Beginn des Krieges 1914 den Plan hatte, sich Basels durch einen Handreich zu bemächtigen, ohne die Schweizer Neutralität zu achten. Wenn es nicht zur Durchführung dieses Planes gekommen sei, so sei dies ganz und gar nicht aus Rücksicht auf die Neutralität der Schweiz geschehen, sondern habe nur daran gelegen, daß England damals den deutschen Durchmarsch durch Belgien zum Vorwand nahm, um in den Krieg einzugreifen, das französische Kabinett aber den Kriegszugnehmern im englischen Kabinett und Volk durch eine Verletzung der Schweizer Neutralität nicht die Handhabe zum Einspruch gegen Englands Kriegseintritt geben wollte.

Erzählung aus Mexiko ausgewiesen. Der Erzählung aus Mexiko wurden auf Verfügung der mexikanischen Regierung ausgewiesen. In politischen Kreisen wird hervorgehoben, daß die Ausweisung erfolgt sei, weil der Episkopat Aufstände begünstigt und damit für den Überfall auf den Eisenbahnzug verantwortlich sei. Es heißt, daß auch andere römisch-katholische Prälaten, die sich noch im Lande befinden, deportiert werden sollen, wenn sie gefunden werden.

## Hebbels „Judith“ im Landestheater

Daß ein moderner Dramatiker sich des Stoffes der hebräischen Judith-Legende bemächtigen und ihn in der psychologisch vertieften Weise Friedrich Hebbels behandeln konnte, das vermag man sich ganz gut vorzustellen. Ob es aber unter den Dramatikern unserer Tage einen einzigen gibt, der auch nur annähernd über die gleiche dichterische und gedankliche Gewalt der Sprache verfügt und instande wäre, seine Helden so aus dem Innersten heraus zu charakterisieren, das darf billig bezweifelt werden. So muß ein Vergleich heutiger dramatischer Dichtung mit der eines Klassikers wie Friedrich Hebbel unbedingt zum Nachteil der ersteren ausfallen. Und damit ist die Aufnahme Hebbelscher Dramen, zumal seiner wirkungsvollsten Tragödie „Judith“, in den Spielplan unseres Landestheaters währlich gerechtfertigt.

Wir wollen damit einer wohllosen Vergewässerung des klassischen Dramas keineswegs das Wort reden. Viele, ja sehr viele dieser Dramen sind heute ihrer Problemstellung nach für uns veraltet: ihre seelischen Konflikte sind uns unverständlich. Man denke z. B. an Schillers „Kabale und Liebe“ oder an Hebbels „Maria Magdalena“. Wir lassen uns wohl auch hier von der dramatischen Kunst des Autors, von der Leidenschaft seiner Sprache und von der unerhörten Schlagkraft einzelner Szenen mitfortreißen, aber das seelische Problem, das der Tragödie zugrunde liegt, verstehen wir voll mitführend nicht mehr. „Judith“ gehört zu den klassischen Tragödien, die auch heute noch auf das unmittelbarste Interesse des Zuhörers rechnen dürfen.

Daß ein Weib sich in den Mann, den es als den Feind seines Volkes haßt und töten will, verliebt, und daß es diesen Mann hernach trotz aller Liebe tötet, weil er ihrem Menschentum die Achtung versagt und sie schändet, das ist und bleibt ein psychologisches Problem, das wohl zu allen Zeiten die Gemüter aufs lebhafteste bewegt wird. Natürlich in Ländern mit abendländischer Kultur mehr als anderswo. Denn die seelische Motivierung des Mordes an Holofernes ist ganz und gar aus der Vorstellungswelt des Abendlandes und seiner Moral entsprossen. Im Orient ist die Erziehung der Frau so ganz anders, daß man eine derartige Motivierung nicht gelten lassen würde. In gewissem Sinne ist „Judith“ — genau so, wie die Hebbelschen Tragödien „Herodes und Marianna“ und „Hörses — ein Drama der Frauenemancipation im ephesischen Begriff dieses Wortes. Das Weib will nicht mehr erotische Sklaverei des Mannes sein, sondern ihm als menschlich gleichberechtigte und ebenbürtige Kameradin gegenüber-treten!

Die Kunst, mit der Friedrich Hebbel das seelische Geschehen in seinem Drama in Worte kleidet, ist von hinreißender Schönheit. Und die Formung seiner Gedanken wird das Entzünden der Theaterbesucher bilden, solange überhaupt noch die Freude an einer padenden, sprachlichen Gestaltung dieser und weisheitsschwerer Gedanken in uns lebendig ist. Aber auch

## Kurze Nachrichten

Das Reichsschulgesetz. Zu Meldungen eines Berliner Blattes erfahren die Zeitungen, daß über das Schulgesetz ebenso wie über eine Änderung des Pressegesetzes bis jetzt nur Vorbesprechungen stattgefunden haben. Ein Entwurf liegt noch nicht vor. Das Schulgesetz wird aber den parlamentarischen Körperschaften noch vor Beginn der Sommerferien zugehen, so daß sich die Ausschüsse damit während der Ferien befassen können.

Zusammenstoß in Essen. In Essen kam es während eines Gauparteitages der nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu Zusammenstößen mit Kommunisten, wobei 24 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Ein Aufruf des Internationalen Friedensbüros in Genf. Das Internationale Friedensbüro in Genf hat an den Ausschuß für die Abrüstungskonferenz einen von dem Präsidenten des Büros, dem belgischen Senator Lefontaine, unterzeichneten Aufruf gerichtet, in dem erklärt wird, der Welt habe sich noch niemals eine tiefergehende Enttäuschung bemächtigt als bei den Beratungen des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz.

Zur Dreimächtekonferenz über Abrüstung zur See. Die Leitung der amerikanischen Delegation zu der im Juni in Genf stattfindenden Dreimächtekonferenz über die Abrüstung zur See, wird der amerikanische Gesandte in Bern, Gibson, übernehmen.

Die „Sanktionen“ gegen die autonomistischen Beamten im Unterelß. Dem Pariser „Journal“ wird aus Straßburg berichtet, Ministerpräsident Poincaré habe auf Intervention der parlamentarischen Vertreter des Unterelß beschlossen, die Sanktionen aufzuheben, die im vorigen Jahre gegen gewisse Beamte wegen Unterzeichnung des Heimatsbundesmanifestes getroffen wurden. So würden die Eisenbahner mit Ausnahme derjenigen, die sich besonders stark kompromittiert hätten, wieder eingestellt.

General Wrangel in Belgrad. General Wrangel ist in Belgrad eingetroffen. Man glaubt, daß er die Mission hat, seine Armee neu zu bilden, um sie im Kampfe gegen die Bolschewisten auf Seiten der Engländer und Nordchinas zu verwenden. Wie verlautet, ist in südslawischen Regierungskreisen die Tätigkeit Wrangels keineswegs erwünscht, besonders im Hinblick auf die bevorstehende Anerkennung Sowjetrusslands.

Verhaftung des Grafmeisters der italienischen Freimaurer. „Giornale d'Italia“ meldet, daß der Freimaurer-Grafmeister Domizio Dorcigiani am Samstag früh verhaftet und zu 5jähriger zwingender Verhaftung verurteilt worden ist.

Wiederkehr der Ausländer nach Peking. Der „Matin“ berichtet aus Peking: Seit mehreren Tagen beginnen die Ausländer, besonders Amerikaner und Amerikanerinnen, die nach Japan und Korea geflüchtet waren, wieder nach Peking zurückzukehren auf die Nachricht, daß man nicht mehr das Vorrück der Kantontuppen befürchtet, und daß die Lage wieder normal sei.

Verhütung im japanischen Geschäftsleben. Die Stimmung in Tokio und in Osaka ist nach Londoner Meldungen wieder zuversichtlich. Die Banken haben wieder ihre Schalter geöffnet, und es sind wieder erhebliche Depositionen eingegangen. Die Verhütung des Publikums ist darauf zurückzuführen, daß die Staatsbank sich bereit erklärt hat, allen Banken Vorläufe zu leisten. Die Seidenbörse in Yokohama bleibt bis Ende des Monats geschlossen.

## Verschiedenes

### Die Überschwemmung des Mississippi

W. A. Washington, 28. April. (Tel.) In der Nähe von Memphis (Tennessee) ertranken 28 Frauen und Kinder in einem von den Fluten weggeschwemmten Haus. Bisher wurden über 100 Tode geboren. Durch die Überschwemmung sind über 9000 Quadratmeilen Ackerland verwüstet worden. Der Leiter der Hilfsaktion des Roten Kreuzes, Henry Baker, beruft, eine Flotte von Dampfern, Motorbooten und dgl. von 40 000 Fahrzeugen zusammenzubringen, um den von der Überschwemmung des Mississippi Betroffenen Rettung und Unterstützung zu gewähren.

## Badischer Teil

### Verleihung der Rettungsmedaille

Das Staatsministerium hat dem Maschinenteiler Leopold Braun und dem Kaufmann Otto Wiedmann, beide in Karlsruhe, die eine Frau unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet haben, die badische Rettungsmedaille verliehen.

### Zur Hauptversammlung des Badischen Schwarzwaldbereins

Wie bekannt, wird vom 28. bis 30. Mai in den Mauern Lörrachs die Landesversammlung des Badischen Schwarzwaldbereins stattfinden. In der letzten Vorstand- und Ausschussung der Sektion Lörrach des Badischen Schwarzwaldbereins befaßte man sich eingehend mit dem Programm für die Landesversammlung, das für den 28. Mai einen Begrüßungsabend in der Städtischen Festhalle vorsieht. Am 29. Mai werden die Teilnehmer des Württemberg- und des Durlacher Bezugsbezugs. Die eigentliche Vereinstagung wird im Stadttheater am Vormittag des 29. Mai beginnen; Führungen durch das Heimatmuseum werden während und nach der eigentlichen Tagung stattfinden. Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen im Gürtschen werden am Nachmittag Vorträge und Darbietungen des Bürgerlichen Sängerbereins und des Turnvereins zur Unterhaltung der Tagungsteilnehmer beitragen. Für den dritten Tag, an dem die Sektion Basel die Führung übernimmt, ist das Programm noch nicht endgültig festgelegt.

### Ärztezeitung in Baden-Baden

Am Sonntag fand in Baden-Baden die 8. Tagung der Vereinigung Süddeutscher Hals-, Nasen-, und Ohrenärzte statt, an der 150 Spezialisten aus ganz Süddeutschland, dem Saargebiet und der Schweiz teilnahmen. Eröffnet wurde der Kongreß mit einem vom Badischen Ministerium des Innern und der Stadt Baden-Baden am Samstag abend im Kurhaus veranstalteten Begrüßungsabend. Als Vertreter der Regierung und des Innenministeriums war Ministerialrat Dr. Krassberger, als Vertreter der Stadt Bürgermeister Ekker anwesend. Sonntag vormittag begannen die wissenschaftlichen Beratungen. Im Rahmen des ersten Referats sprachen im staatlichen Friedrichsbad Dr. Auerbach, Baden-Baden, Dr. Wieland, Heidelberg, Dr. Hoff, Baden-Baden und Dr. Maurer, Baden-Baden über Inhalation, während Dr. van Ordt, Bührschhöhe die Bedeutung des Klimas und der Luftbeschaffenheit bei Erkrankungen der Luftwege behandelte.

### Die Wagen 4. Klasse

Auf den badischen Strecken der Reichsbahn verkehren vielfach die langen zweischichtigen Wagen 4. Klasse, die wegen ihres harten Ganges sich nicht besonderer Beliebtheit erfreuen. Der unfreundliche Eindruck wird auch noch verstärkt durch den grauen Anstrich des Wageninneren. Diese trübe graue Farbe macht sich gerade in den Abendstunden sehr unangenehm bemerkbar, weil das Leben bei der Beleuchtung fast unmöglich wird, die graue Farbe absorbieren zu viel von der Beleuchtung. Man ist daher dazu übergegangen, das Wageninnere in der früheren naturfarbenen braunen Tönung der 8. Klassewagen abzuändern. Solche Wagen verkehren bereits auch auf der Schwarzwaldbahn. Sie machen entschieden einen freundlicheren Eindruck, als ihre anderen Kollegen.

### Deutscher Seidenbau

Der Seidenbauverein Karlsruhe hatte dieser Tage seine Mitglieder sowie Freunde der Sache zu einem Vortrag mit Lichtbildern über Seidenbau eingeladen, der wieder sehr zahlreich besucht war. In ausführlicher Weise erklärte der 1. Vorsitzende, Rechnungsrat Weiss, die einzelnen Lichtbilder, durch welche u. a. der ganze Verlauf der Fahrt von den Seidenspinnereien bis zum fertigen Cocoon dargestellt war. Der Schluß zeigte das Bild eines Kreisbildens, der, in einem Fahrstuhl sitzend, seine Seidenraupe fütterte. — Die Veranstaltung hatte mehrere Neuanmeldungen zum Verein, sowie zahlreiche Bestellungen auf Maulbeerpflanzen zur Folge. Eine weitere Vorführung solcher Lichtbilder wird am 8. Mai stattfinden.

### Unsere Jugendherbergen

Der Gau Baden für deutsche Jugendherbergen gibt einen Jugendwanderrührer durch das badische Land heraus, der neben einem vollständigen Verzeichnis der Jugendherbergen in Baden und der Ortsgruppen ein ausführliches Verzeichnis von Wanderplänen durch das Badener Land bringt. Auch die Winterportgebiete des Schwarzwaldes, in denen sich Jugendherbergen befinden, werden in einem besonderen Abschnitt behandelt. — Eine Zusammenstellung über die Literatur des Jugendwanderns, sowie Wander- und Reiseleiteratur vervollständigen den Führer.

### Lohnbewegungen in Baden

Lohnkonflikt im badischen Gastwirtsgerwerb. Wie die Mannheim „Arbeiterzeitung“ meldet, ist das tarifliche Mantelabkommen des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie und des badischen Gastwirtsverbandes mit dem Verband der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten von den Unternehmern gebilligt worden.

### Gemeinde-Rundschauf

Bürgermeisterwahl. Bürgermeister Konstantin Schilling aus Bad Dürheim wurde bei der Bürgermeisterwahl in Lauda mit 47 Stimmen gewählt.

Der Kampf um die Heidelberg Umlage. Nach einer städtischen Vorlage soll die Umlage der Stadt Heidelberg auf 110 Reichspfennige von je 100 RM. Grund- und Betriebsvermögen festgelegt werden. Dazu hat nun auch die Handelskammer Heidelberg in einer stark besuchten Versammlung Stellung genommen und einstimmig eine Entschließung gefasst, worin es heißt: Nach dem derzeitigen Stand der Wirtschaft ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß volkswirtschaftlich wertvolle Betriebe unter der Steuerlast zusammenbrechen. Außerdem wird durch eine derartig hohe Umlage die dringend erwünschte Anhebung von Industrie- und kapitalistischen Kräfte zweifelslos behindert. Die Aufbringung einer Nachtragsumlage von 47 RMfa. neben der für das laufende Jahr zur Erhebung gelangenden Umlage halten wir für unmöglich. Wir bitten daher die Mitglieder des Bürgerausschusses um Ablehnung der städtischen Vorlage.

Das Ende der Pferdebesitzer in Berlin. Die Berliner städtische Verkehrsdeputation hat eine neue Droschkenordnung für Großberlin angenommen, worin u. a. gesagt wird, daß künftig eine Erlaubnis zum Pferdebesitz nur dann erteilt werden soll,

Aus der Landeshauptstadt

Ein Erfolg der Karlsruher Hygieneausstellung. Die nunmehr geschlossene Hygieneausstellung wurde von insgesamt 20 000 Personen besucht.

Bahisches Landestheater. Am Donnerstag, den 28. April, gelang das Drama „Der Patriot“ von Alfred Neumann zur dritten Aufführung. Oebbels neuinszenierte Tragödie „Judith“ wird am Samstag, den 30. April, zum erstenmal wiederholt.

Konzertmeister Josef Reischer, der einem Ruf an das Bad. Konservatorium für Musik Folge geleistet hat, wird sich nach langjähriger Abwesenheit am Mittwoch, den 4. Mai im Eintrachtssaal mit seinem hervorragenden Wiesbadener Streichquartett dem Karlsruher Konzertpublikum wieder vorstellen.

Wetterdienst der Landeswetterwarte Karlsruhe. Der polare Luftdruck hat bei uns zu starker Abkühlung und böigem Wetter mit Regenschauern geführt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mannheim, 24. April. Am gestrigen Samstag, den 28. April, konnte das „Neue Mannheimer Volksblatt“ auf sein 56jähriges Bestehen zurückblicken.

D.3. Heidelberg, 23. April. Diesen Sonntag vollendet der älteste aktive Sänger Badens, Leonhard Klein, sein 90. Lebensjahr.

D.3. Obdillingen (Amt Büchen), 23. April. Im hohen Alter von 89 Jahren starb nach schwerem Leiden Altbürgermeister Johann Ludwig Giernann, der auch viele Jahre als Bezirksrat segensreich tätig war.

D.3. Schwesingen, 23. April. Gestern nachmittag fand hier der erste Spargelmarkt in diesem Jahre statt. Die Auf- fuhr war noch nicht übermäßig groß.

D.3. Biberach (Königs), 25. April. In der Wirtschaft „Zum Adler“ hatten sich am Samstagabend drei Fremde eingefunden, die sich nach Einbruch der Dunkelheit wieder entfernten.

D.3. Rehl, 23. April. Am Karfreitag nachmittag traf im Straßburger Hafen das Boot „Rathias Stinnes 5“ mit einer Ladung von 2300 Tonnen Reparationsstoffe bei einem Tiefgang von 2,80 Meter, als Anhang ein.

D.3. Reuzingen, 23. April. Aus unbekannter Ursache entstand um Mitternacht in dem Hause des Schreinermeisters Vinzenz Gendert in der Langestraße Feuer, das, angefangen durch den Südwind, sich auf die Nachbaranwesen ausdehnte.

D.3. Feldberg, 25. April. Die letzten milden Tage haben an den Südhängen der höchsten Schwarzwaldgebirgsberge die Schneedecke größtenteils zum Abschmelzen gebracht.

D.3. Wolfach, 24. April. Wie verlautet, wurden dieser Tage die vorbereitenden Arbeiten zur Errichtung einer Kneippischen Kaltwasserheilanstalt begonnen.

D.3. Konstanz, 24. April. Heute nachmittag führte im Chor der Konstanzer Münsterkirche der große Kronleuchter von der Decke herab auf die Steinfliesen, ohne weiteren Schaden anzurichten.

D.3. Stuttgart, 21. April. Staatspräsident a. D. Wilhelm Wöss ist vor einigen Tagen schwer erkrankt. Sein Zustand war ernst, hat sich aber neuerdings gebessert.

Der Grobhandelsindex. Die auf den 20. d. M. berechnete Grobhandelsindexziffer war mit 134,7 gegenüber der Vorwoche fast unverändert.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen. In der am Samstag abgehaltenen Generalversammlung wurde für das Jahr 1926 die Ausschüttung einer Dividende von 8 Proz. auf Nom. 5 000 000 RM., auszahlbar ab 24. April d. J., beschlossen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table with columns for city (Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien, Prag) and exchange rates for 22. April and 23. April.

Der Grobhandelsindex. Die auf den 20. d. M. berechnete Grobhandelsindexziffer war mit 134,7 gegenüber der Vorwoche fast unverändert.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen. In der am Samstag abgehaltenen Generalversammlung wurde für das Jahr 1926 die Ausschüttung einer Dividende von 8 Proz. auf Nom. 5 000 000 RM., auszahlbar ab 24. April d. J., beschlossen.

Staatsanzeiger

Dem Katholischen Kirchenbauverein in Rempten-Ost wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 20. April 1927.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Zurubeaufstellung der Gesundheit Realschule Heinrich Pinter an der Realschule in Reuzingen.

Ministerium der Finanzen. Domänenabteilung. Ernennung: Zu Finanzoberssekretären: die Finanzpraktikanten Johann Janger in Freiburg und Josef Haller in Weersburg, und die Verwaltungspraktikantin Helene Böhler in Baden.

Forststabteilung. Entlassen auf Ansuchen: Forstassistent Raimund Bächle in Oberwolfach.

RECB Hochverzinsliche Anlagewerte (hypoth. sichergestellt) werden stets an unseren Schaltern abgegeben. Rheinische Creditbank \* Filiale Karlsruhe. Central-Handels-Register für Baden.

Handelsregister B. O.-Z. 308, Firma A. Adler & Co., Zigarettenfabrik, Ringolsheim. Handelsregister B. O.-Z. 309, Firma A. Adler & Co., Zigarettenfabrik, Ringolsheim. Handelsregister B. O.-Z. 310, Firma A. Adler & Co., Zigarettenfabrik, Ringolsheim.

